



**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:  
Antrag, Fraktion der SPD  
Mitzeichnungen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Linksfraktion  
Gruppe der FDP

Beratungsfolge:  
17.10.2018 BVV

BVV/019/VIII

**Betreff: Queeres Jugendzentrum bekannter machen**

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird aufgefordert, das erste berlinweit queere Jugendzentrum in Pankow bekannter zu machen. Dazu sollen in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Stadtteilzentren, Bibliotheken, Flüchtlingsunterkünften und in den Gebäuden des Bezirksamtes Informationsmaterialien ausgelegt und, sofern in den Gebäuden erlaubt, Informationsplakate ausgehängt werden.

Zudem soll auf der Internetseite des Bezirksamtes auf das queere Jugendzentrum hingewiesen werden.

Berlin, den 18.10.2018

Einreicher: Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Linksfraktion  
Gruppe der FDP

SPD: Tannaz Falaknaz, Roland Schröder

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen: Dr. Cordelia Koch, Dr. Oliver Jütting

Linksfraktion: Paul Schlüter, Matthias Zarbock

FDP: Sophie Regel

Begründung siehe Rückseite

**Abstimmungsergebnis:**

- beschlossen
- beschlossen mit Änderung
- abgelehnt
- zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

- einstimmig
- mehrheitlich
- 33** Ja-Stimmen
- 5** Gegenstimmen
- 8** Enthaltungen

federführend

überwiesen in den Ausschuss für  
mitberatend in den Ausschuss für  
sowie in den Ausschuss für

**Begründung:**

Im September 2018 eröffnete das erste berlinweit queere Jugendzentrum in der Sonnenburger Straße in Pankow. Das Zentrum bietet lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen sowie queeren und transgender Jugendlichen eine Anlaufstelle mit Beratungs- und Informationsangeboten wie auch einen geschützten, diskriminierungsfreien Raum. Dies ist von besonderer Wichtigkeit, da die Suizidrate bei jungen Menschen, die nicht heterosexuell orientiert sind, Studien zufolge viermal so hoch wie bei anderen Jugendlichen ist. Auch sollen dort Weiterbildungen für pädagogische Fachkräfte angeboten werden. Das Bekanntmachen des Jugendzentrums wäre eine erste wichtige Maßnahme für von Diskriminierung betroffenen Jugendlichen.